

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender

Mündliche Ergänzung des Geschäftsberichts

[08.10.2002]

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

es gibt Menschen, die sind unheimlich schlau. Ich weiß, davon gibt es viele hier, aber es gibt auch andere. Einer dieser Gelehrten heißt Otto von Guericke und ist ein Sohn Magdeburgs. Er hat Folgendes herausgefunden: "Es hat also jegliches Ding seine Stätte im Nichts". Das war vor 400 Jahren.

Hier beim GdP-Bundeskongress ist das anders. Da hat jedes Ding seine Stätte im Kongressordner.

Das gilt auch für den Geschäftsbericht von 1998 bis zum April 2002. Meine Aufgabe ist es, die Lücke des letzten halben Jahres zu schließen. Ich stehe hier aber nicht als bloßer Berichterstatter, ich bin euer Vorsitzender. Deshalb werde ich sagen, welche Erfahrungen wir mit der Politik, hauptsächlich auf Bundesebene, gemacht haben und wie ich die Bilanz der letzten vier Jahre sehe.

Da gibt es Ereignisse, bei denen nicht nur ich wünschte, sie wären nie geschehen.

Vor wenigen Wochen jährte sich zum ersten Mal der Terroranschlag auf die USA. Das Datum des 11. September steht für ein Ereignis, das viele - auch ich! - zunächst für Science Fiction gehalten haben. Wir hatten alle den Eindruck, dass die Realität die Phantasie eingeholt hat. So unglaublich waren die Bilder, die wir sahen.

Wo stehen wir heute, was die Terrorismusbekämpfung angeht? Die weltweite Allianz gegen den Terror hat Erfolge gebracht - keine Frage. Aber das Ziel ist bei weitem nicht erreicht.

So makaber es klingt: der Terroranschlag markiert eine Zäsur. Bis zu diesem Tag herrschte landauf, landab der Rotstift. Einsparungen bei Personal und Sachausstattung, koste es was es wolle, und wenn es die innere Sicherheit kostet!

Von einem Tag auf den anderen wurde in Bund und vielen Ländern war Schluss mit dem Rotstift. Kein Wunder - mit dem Thema "innere Sicherheit" konnte man ja wieder politische Punkte sammeln. Nur heute nach einem Jahr, da die öffentliche Aufmerksamkeit schon wieder etwas nachgelassen hat - wie sieht da die Bilanz aus?

OK - es gibt hier und da Personalzuwachs - ich erwähne als Beispiel BKA und BGS. Und sonst?

Was an zusätzlichen Personalmaßnahmen in den Ländern getroffen wurde, macht allzu oft nicht einmal die Einsparungen der letzten Jahre wett. Von Aufstockung keine Rede!

Ich ziehe also in Sachen Terrorismusbekämpfung eine gemischte Bilanz. Ich sehe insbesondere in rechtlicher Hinsicht durchaus Positives - zum Beispiel der Wegfall des Religionsprivilegs, die Verbesserung bei der Bekämpfung der Geldwäsche oder die Einführung des 129 b Strafgesetzbuch -, aber die personelle Situation der Polizei ist nun wirklich nicht so, dass sie Terroristen Angst macht - eher schon dem Bürger, der immer noch verzweifelt danach Ausschau hält, was ihm die Innenminister landauf, landab versprochen haben:

Mehr Grün auf der Straße!

Auf welches Ereignis hätte ich sonst noch gerne verzichtet?

Auf das schreckliche Massaker vom 26. April 2002 in Erfurt. Befürchtet hat ich Ähnliches schon seit längerem. Warnzeichen gab es bereits im eigenen Lande genug, man musste nicht erst an den Fall in Littleton, Colorado, im April 1999 erinnern.

Was mich geärgert und betroffen gemacht hat, ist die Art und Weise, wie nachher mit dem schrecklichen Geschehen umgegangen wurde. Das Spiel zwischen Medien, Öffentlichkeit und Politik wurde einmal mehr in seiner ganzen Absurdität deutlich:

Kaum ist das Unfassbare geschehen, da muss eine Lösung her, und zwar hier und auf der Stelle!

Zeit zum Begreifen, was überhaupt geschehen ist? Fehlanzeige.

Zeit zur Trauer, zum Mitgefühl? Fehlanzeige.

Zeit zum Nachdenken, um das Richtige zu tun? Fehlanzeige!

So kam, was kommen musste: Das Waffengesetz wurde nochmals verschärft, es gab eine kurze und heftige Diskussion über Gewaltdarstellung in den Medien - und sonst?

Das nächste Thema bitte! Deutschland braucht neue Sensationen.

So kam es auch, in ungeahnter Weise.

Ich spreche von der Flutkatastrophe im August. Sie machte in wenigen Tagen die Aufbauleistung der letzten 10 Jahre in den neuen Ländern vielfach zunichte. Kaum jemand hatte sich vorstellen können, dass Wasser eine derartige Zerstörungskraft hat.

Beide Ereignisse, der Fall Erfurt und die Flut, haben - so schrecklich sie insbesondere für die Betroffenen waren - etwas Gemeinsames, das zur Hoffnung für uns Menschen berechtigt. Das ist die enorme Bereitschaft zu helfen und mit anzupacken, im Falle der Flut auch die Bereitschaft zum Spenden. Das gilt auch für die Gemeinschaft der GdP, die mitgeholfen hat, unseren eigenen betroffenen Kolleginnen und Kollegen samt ihrer Familien zu helfen.

Auch von dieser Stelle aus sage ich:

Dank und Anerkennung an die vielen Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort im tage- und wochenlangen Einsatz waren, aber auch an diejenigen, die mit ihren Spenden Solidarität und Hilfe bewiesen haben.

Lasst mich nun auf ein Thema kommen, das Aufgabe und Erfolg der GdP exemplarisch deutlich macht. Auf den Anlass allerdings hätten wir - wie bei den gerade genannten Themen - gerne verzichtet.

Ich spreche von der Studie "Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte". Wer erinnert sich nicht an das schlimme Jahr 2000? Acht getötete Kolleginnen und Kollegen - das war nicht nur eine ungewöhnliche, sondern auch sehr traurige Häufung. Das Alarmierende dabei: Im Grunde gab es für

diese Mordtaten keinen vorhersehbaren Anlass.

Um so wichtiger war es, ganz genau hinzusehen. Das hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen getan. Auftraggeber waren wir - die GdP - und die Innenministerkonferenz - ein bislang in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliges Joint Venture.

Das war bitter notwendig. Uns ging und geht es um Leben und Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, auch wenn es schmerzlich ist, wissen, was passiert ist. Nur so lassen sich die notwendigen Lehren für die Zukunft ziehen.

Wichtigste Erkenntnis:

Es ist der ganz normale Polizeialltag, der gefährlich ist. Routine kann tödlich sein, also muss der Sinn für mögliche Gefahren hellwach sein. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse, also nicht ständig die Hand an der Waffe. Es kann aber auch nicht sein, dass die notwendige Eigensicherung unterbleibt, weil das dem Image des Innenministers oder des Vorgesetzten schaden könnte. Genau diese Befürchtung war bei der Untersuchung mehrfach geäußert worden.

Die KFN-Studie hat mächtig geholfen, in Sachen Ausstattung weiter zu kommen: Ich erwähne die Ausstattung mit tragbaren Schutzwesten und ich erwähne die neue Einsatzmunition - eindeutig ein GdP-Erfolg.

Eines aber ist leider auch wahr: Der Polizeiberuf ist und bleibt gefährlich! Nach den acht Todesfällen im Jahr 2000 gab es im vergangenen Jahr, Gott lob, keinen Fall; in diesem Jahr sind es bislang zwei, die die Erkenntnisse der Studie auf tragische Weise bestätigen. Der Kollege Andreas Gorski aus Erfurt wurde am 26. April am Gutenberg-Gymnasium von dem 19-Jährigen Amok-Schützen getötet, als er gerade seine Schutzweste anziehen wollte. Und der 41-Jährige Kollege Gerd Höllige wurde in Bonn Bad Godesberg tödlich verletzt, weil ihn seine angepasste Schutzweste noch nicht wieder erreicht hatte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wo, wenn nicht hier, wenn es um Leben und Gesundheit geht, hat Gewerkschaftsarbeit überhaupt Sinn?

Wir dürfen nichts unversucht lassen, um Schutz und Eigensicherung unserer Kolleginnen und Kollegen zu verbessern.

Was bringt uns weiter?

Da ist zum Beispiel der Digitalfunk. Natürlich bietet er enorme Vorteile. Er muss auch kommen, weil nach Meinung von Fachleuten unser derzeitiges deutsches Funksystem nicht moderner ist als das in Albanien oder Moldawien. Der Digitalfunk soll eigentlich ab 2006 allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zur Verfügung stehen.

Die Betonung liegt auf "soll". Immer eklatanter wird das Problem der Finanzierung. Und jetzt kommt noch eines hinzu: Beim Streit der beiden unterschiedlichen Systeme, der europaweit ausgetragen wird, kommen in letzter Zeit vermehrt Alarmsignale: Achtung, hier kann ein Gesundheitsrisiko drohen!

Für die GdP kann nur gelten: Gesundheit geht vor!

Eng mit dem Digitalfunk verbunden ist der Aufbau von INPOL-neu. Nur beides zusammen macht Sinn. Der erste Versuch mit INPOL-neu landete bekanntlich am Baum. Der ganze Ansatz war viel zu

kompliziert, um alltagstauglich zu sein. Wir haben früh genug gewarnt, aber es waren einfach zu viele Köche, die den Brei verdorben haben. Jetzt hat nur noch einer den Kochlöffel in der Hand, der sitzt im BKA, und der soll's richten. Bis Ende 2003 soll es ein praktikables System geben. Halten wir's mit Beckenbauer: Schauen mer mal!

Ein letzter Aspekt zum Thema "Modernisierung": Neue Steuerungsmodelle.

Auch die Polizei musste neu gesteuert werden, ob sie wollte oder nicht. Wer sich wehrte, galt als ewig Gestriger. Seit August dürfen sich diejenigen, die die Polizei für eine Institution halten, die besser mit beiden Füßen auf den Boden statt mit dem Kopf im Wolkenkuckucksheim lebt, bestätigt fühlen.

Die wissenschaftliche Untersuchung hat nämlich bestätigt, was jeder Praktiker gleich gesagt hat:

"Was möglicherweise für die allgemeine Verwaltung sinnvoll ist, kann man nicht einfach auf die Eingriffsverwaltung übertragen."

Also unterstützen wir jetzt zusammen mit dem Landesbezirk Nordrhein-Westfalen ein Projekt der Hans-Böckler-Stiftung, das ein auf die Bedürfnisse der Polizei maßgeschneidertes Steuerungsmodell entwickeln soll.

Es gab aber auch ein ganz besonderes Ereignis, davon kann ich gar nicht genug haben.

Die Vollendung der zweigeteilten Laufbahn, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Jawohl, Hessen vorn!

Seit dem 1. August 2002 gibt es bei der Polizei in Hessen als dem ersten Bundesland nur noch den gehobenen und höheren Dienst.

Das war eine schöne Feier in Wiesbaden. 2900 Kolleginnen und Kollegen sind in Hessen in den gehobenen Dienst übergeleitet worden. Und wir - die GdP - haben dies erreicht!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist unser Erfolg, wir haben das Patent für die zweigeteilte Laufbahn.

Die Vollendung dieses Ziels in Hessen ist wahrlich ein historisches Ereignis. Als die GdP vor ziemlich genau 30 Jahren die Forderung nach der zweigeteilten Laufbahn aufstellte, haben viele in Politik und Öffentlichkeit gemeint, wir seien nicht ganz frisch im Kopf. In jedem Streifenwagen nur Kommissare? Na klar! haben wir gesagt. Polizeidienst ist sachbearbeitender Dienst, also gehört er in den gehobenen Dienst. So einfach ist das.

Macht also voran in den anderen Bundesländern und beim Bundesgrenzschutz. Unser wunderschöner Wanderpokal, den jetzt der hessische Innenminister hat, soll ja nicht in Wiesbaden Wurzeln schlagen.

Das war also ein Tag der Freude. Das heißt nicht, dass in Hessen nur eitel Sonnenschein herrscht. Da gibt es auch Merkwürdiges und Sonderbares wie einen Freiwilligen Polizeidienst. Ganz klar: Wir lehnen Bürgerwehren und Hobbypolizisten ab.

Das provoziert mich zu einer Vorhersage:

Wir werden uns intensiv in der GdP unterhalten müssen über Aufgaben für den Polizeivollzugsdienst einerseits und Unterstützungsfunktionen im Tarifbereich andererseits. Da wird es je nach den Ländern auch eigene Regelungen geben müssen. Was für mich zählt, ist eines:

Mir ist wichtig, dass dies alles unter dem Dach der Polizei geschieht. Das dient der Sache, nämlich der verantwortlichen Gewährleistung der inneren Sicherheit. Und noch eines: Das sind alles Beschäftigte der Polizei, also GdP-Mitglieder.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
lasst mich jetzt zu den Themen kommen, die den kleinen Beamten und Tarifbeschäftigten am meisten ärgern.

Das sind nicht wenige Themen, was ja nur belegt, dass wir als Gewerkschaft auf keinen Fall arbeitslos werden.

Seit Beginn dieses Jahres ist für den Gesetzgeber die Welt wieder in Ordnung. Seither werden Rentner und Pensionäre wieder gleich behandelt.

Das ist falsch.

Es ist nicht einmal so, dass Rentner und Pensionäre gleich schlecht behandelt werden.

Nein, Pensionäre werden schlechter als gleich schlecht behandelt.

Gegenüber der Rentenstrukturreform hat es eine Überkompensierung gegeben. Das stört in der Politik aber niemanden. Wir haben vor der Bundestagswahl alle demokratischen Parteien angeschrieben und sie u.a. zu ihrer Haltung in dieser Frage befragt.

Ergebnis: Konkret ist niemand darauf eingegangen, ob diese Benachteiligung in der Versorgung rückgängig gemacht werden soll. Stattdessen Allgemeinplätze zur Zukunftsfähigkeit der Versorgungssysteme, wobei man der GdP durchaus zugestehen kann, dass auch wir die demografische Entwicklung der Bevölkerung und damit einhergehend das Problem der Finanzierung der Alterssicherungssysteme kennen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen,
es gibt offenbar in unserem Land eine parteiübergreifende Opposition gegen Beamte!

Das sagt man natürlich nicht so deutlich, das Handeln aber beweist es!

Es war also völlig richtig, dass wir in Sachen Versorgungsreformgesetz eine verfassungsrechtliche Überprüfung eingeleitet haben.

Kommen wir zur Bezahlung. Beabsichtigen die Parteien, zur identischen Übernahme der Tarifergebnisse auf die Besoldung zurückzukehren?

Auf diese konkrete Frage hätte man kurz und bündig antworten können: Ja!

Stattdessen mehr oder minder blumenreiches Herum-Geeiere. Das macht misstrauisch.

Wir stehen unmittelbar vor der nächsten Tarifrunde. Noch auf diesem Kongress wird die Große Tarifkommission der GdP tagen. Wir werden es ja nach der Tarifrunde erleben, ob es dann endlich

mal wieder einen Gleichklang von Tarif und Besoldung gibt.

Zur Tarifrunde selbst:

Ganz obenan steht für uns die Angleichung Ost. Natürlich haben wir die Parteien auch zu diesem Thema nach ihrer Haltung gefragt.

Zwölf Jahre nach der Einigung besteht immer noch eine Lücke von zehn Prozentpunkten gegenüber dem Westen.

Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das kann man niemandem mehr erklären, der in den neuen Ländern lebt und täglich einkaufen geht. Und es ist nicht nur eine Frage des Geldes, nein, hier geht es um Gerechtigkeit. Gleiches Geld für gleiche Arbeit!

Und was sagen die Parteien? Drei von ihnen, SPD, CDU und FDP, peilen als Datum für die Angleichung das Jahr 2007 an. Das ist erst in fünf Jahren - dann ist die deutsche Einheit schon 17 Jahre alt!

Damit das ganz klar ist:

Fünf weitere Jahre zuwarten - das kommt für uns nicht in Frage!

Das heißt aber auch, dass wir kämpfen müssen. Die nächste Tarifrunde wird ohnehin nicht einfach. Ich jedenfalls schließe einen Streik im öffentlichen Dienst nicht aus.

Macht euch also auf etwas gefasst!

Oder wie unser legendärer Vorsitzender vor über 25 Jahren, Werner Kuhlmann, sagte:

"Zieht schon mal die Kampfsocken an!"

Das gilt auch für ein Thema, mit dem wir uns in den Ansätzen bereits in den letzten Monaten auseinander gesetzt haben:

Die Gesundheitsreform.

Ich kann euch nur eines sagen:

Gegenüber dem, was da auf uns zukommt, war das Thema Renten und Pensionen nur eine nette Fingerübung.

Auch hier ist schon der Versuch erkennbar, sogenannte Privilegien der Beamten endlich abzuschaffen und sie in die allgemeine Pflichtversicherung einzubeziehen.

Das wird noch ein harter Kampf werden, um zu verhindern, dass die Ideologie-Brille die Tatsachen verschwimmen lässt.

So ein Bundeskongress, liebe Kolleginnen und Kollegen, mag für das Binnenleben der GdP eine Zäsur und der Einstieg in eine neue Legislaturperiode sein. Die Themen, mit denen wir uns

auseinander zu setzen haben, bleiben uns erhalten. Darauf jedenfalls ist Verlass.

Was zu tun ist, hat der deutsche Soziologe Max Weber schon vor über hundert Jahren gesagt:

"Ein starkes langsames Bohren von dicken Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich".

Die Politik ist zwar kein Handwerkermarkt, aber ich finde, Max Weber hat immer noch Recht.

Deswegen müssen wir hartnäckig den Finger in die Wunde legen. Es stimmt eine ganze Menge nicht in unserem Land.

Die Politik gerade in Sachen innere Sicherheit vollzieht sich wie der berühmte Pawlowsche Reflex.

Passiert etwas, wird Betroffenheit gezeigt und eine Gesetzesverschärfung beschlossen. Das schafft das Image des konsequenten Law-and-Order-Machers.

Gesetze zu produzieren - das ist billig.

Das notwendige Personal zur Durchsetzung der Gesetze bereitzustellen, davor drückt sich die Politik. Wenn sich aber niemand mehr um Gesetze schert, weil sie ohnehin nicht durchgesetzt werden, dann bedeutet dies die Erosion des Rechts.

Dann können wir den Rechtsstaat einpacken, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Daher sage ich:

Es muss Schluss sein mit den hilflosen Versuchen, beim Personal ein Loch mit dem anderen zu stopfen. Der Hinweis auf die Haushaltslage ist keine Entschuldigung. Wenn das Geld fehlt, Gesetze durchzusetzen, dann hört auf, Gesetze zu machen!

Nicht minder beliebt als der Verweis auf die Haushaltslage ist der Hinweis auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge.

Wir müssten auch mal über den Tellerrand schauen.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, kaum hat man dies getan, hat man uns auch schon in die Suppe gespuckt!

Das war so bei der Reform von Renten und Pensionen, ich habe das schon gesagt. Das ist auch so bei der Belastung der Polizei. Wir sollen für alles und jedes bereit stehen, immer mal feste druff!

Was ertragen wir eigentlich für diesen Staat?

Wir müssen uns von Neonazis beschimpfen lassen, wir müssen ihre Menschen verachtenden Propagandasprüche ertragen, wenn wir sie auch noch schützen müssen, wir müssen von Linksextremisten, von Chaoten beleidigen und mit Steinen bewerfen lassen - Leute, die sich gerne Autonome nennen. Autonom von was? Von Staat doch nicht, denn den brauchen sie ja für ihre Ansprüche an Sozialleistungen.

Wir ziehen jedes Wochenende wie die Söldner von einem Großeinsatz zum anderen. Ob Demos, Staatsbesuche, Wirtschaftsgipfel, Sportveranstaltungen oder Castor-Transporte - der Polizei-

Tourismus rollt. So lernt man Deutschland kennen, vielen Dank!

Und noch eines: ich halte es für einen Missbrauch des Rechtsstaats, systematisch Strafanzeigen gegen Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt zu erstatten - wie das gerade in der Drogenszene Mode geworden ist -, auch wenn die Unsinnigkeit für jedermann offenkundig ist. Natürlich verlangt der Rechtsstaat, dass auch Unsinnigem nachgegangen wird.

Wo aber ist das klare Wort der Politik, dass diese Art des systematischen Missbrauchs anprangert und sich in aller Öffentlichkeit zur Polizei bekennt?

Kein Wunder, dass sich bei der Polizei das Gefühl verbreitet, allein gelassen zu werden.

Wie sieht's denn aus?

Wir sorgen für Sicherheit, zu jeder Zeit, nachts, an Wochenenden, an Feiertagen.

Wir sind immer da.

Wer es gesundheitlich bis zur Pensionsgrenze schafft, hält vierzig Jahre den Buckel hin.

Wir setzen Leben und Gesundheit für diesen Staat ein. Seit 1945 wurden 384 Polizeibeamtinnen und -beamte durch Rechtsbrecher getötet.

Und wie sieht der Dank aus?

Man kürzt die Pensionen, Bewertung und Bezahlung haben - von rühmlichen Ausnahmen in einigen Ländern abgesehen - mit dem Prädikat "gerecht" nichts zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es muss Schluss sein mit der Überlastung der Polizei,

es muss Schluss sein mit den unsozialen Kürzungen,

es muss Schluss sein mit der ungerechten Behandlung.

Was wir brauchen, ist eine zupackende Politik, die sich kümmert. Dann kommen wir ins Geschäft, weil wir als GdP mitgestalten wollen.

Wir brauchen den Willen zur Veränderung da, wo Veränderung notwendig ist,

wir brauchen den Willen zur Bewahrung dessen, was sich bewährt hat.

Die Kunst ist zu entscheiden:

Was ist was?

Das herauszufinden und zu bestimmen, ist Aufgabe dieses 22. Ordentlichen Bundeskongresses.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
der letzte Kongress 1998 in Bremen hat einen anderen Vorsitzenden gewählt als den, der jetzt vor euch steht.

Norbert Spinrath ist im November 2000 aus persönlichen Gründen zurückgetreten. Der Geschäftsführende Vorstand, der Bundesvorstand und der Gewerkschaftsbeirat haben damals noch im gleichen Monat die notwendigen Entscheidungen getroffen, um den weiteren Kurs der GdP zu sichern.

Das ist für mich wichtig:

Unbeirrt Kurs halten, auch wenn es schwierig wird.

Den Kurs bestimmt Ihr, die Delegierten. Dafür ist die Standortbestimmung Voraussetzung. Über die bisher zurückgelegte Strecke gibt der Geschäftsbericht Rechenschaft, den ich mit meinen Erläuterungen zur Diskussion stelle.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken.

Bedanken beim meinen Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes, die mit mir die Arbeit der letzten vier Jahre bewältigt haben. Bedanken möchte ich mich aber auch bei der Bundesgeschäftsstelle, die neben ihrer Arbeit auch noch den Umzug eines Teils der Geschäftsstelle nach Berlin bewältigt hat. Nach Berlin zu gehen, das war eine ebenso wichtige wie notwendige Entscheidung.

Wir müssen dort präsent sein, wo die politische Musik spielt. Wahlen stehen erst für den heutigen Nachmittag an. Und doch kann ich bereits jetzt gratulieren - weil das so schön ist.

Die Personengruppen der GdP hatten nämlich bereits in diesem Jahr ihre Kongresse. Dort wurden als Vorsitzende gewählt bzw. in ihrem Amt bestätigt:

Die Kollegin Anne Müller bei der Bundesfrauenkonferenz,

der Kollege Heinz Blatt bei der Bundesseniorenkonferenz,

und der Kollege Sascha Göritz bei der Bundesjugendkonferenz.

Euch wünsche ich viel Glück und Erfolg.

Erfolg wünsche ich auch diesem 22. Ordentlichen Bundeskongress. Die GdP steht vor großen Herausforderungen -einige habe ich aufgezählt.

Wir werden hart kämpfen müssen. Das geht mit Aussicht auf Erfolg aber nur, wenn wir Selbstvertrauen und Zuversicht haben.

In diesem Sinn Glückauf!